

16.34

Bundesrat Werner Herbert (FPÖ, Niederösterreich): Herr Präsident! Geschätzte Herren Bundesminister Sobotka und Brandstetter! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, ich bin da schon bei Ihnen, wenn man sagt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl ein ganz wesentlicher Parameter ist, nicht nur für die politische Arbeit im Land, sondern auch für die Zufriedenheit und das allgemeine Wohlfühlgefühl. Und ich bin auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass man die Bevölkerung einbinden sollte, wenn es darum geht, im Dialog mit der Polizei als, sagen wir einmal, wichtiger Hinweisgeber, aber auch als Beobachter der objektiven Art und Weise Umstände, die für die Polizei relevant sind, auch an diese weiterzumelden. Davon lebt die Polizei bei einem Großteil ihrer Arbeit.

Was dieses Projekt allerdings von dem grundsätzlichen Zugang unterscheidet, ist nicht nur die Art und Weise, wie es zustande kam, sondern die Art und Weise, wie es quasi aufgesetzt wurde. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was die Ursache für dieses Projekt war, weil Sie ja noch nicht so lange Ressortleiter sind, aber ich kann es Ihnen sagen. Nämlich: Nach den Vorkommnissen von Köln war man im Innenministerium einigermaßen beunruhigt und suchte einen politischen Ansatz, das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung insofern zu relativieren, als man sagte: Wir brauchen etwas, wodurch wir eine politische Lösung präsentieren können, nämlich die Einbindung der Bevölkerung in die polizeiliche Arbeit und gleichzeitig die Stärkung des Wir-Gefühls.

Und aus dieser Überlegung heraus ist man zu diesem Bürgerbeteiligungsmodell „Gemeinsam Sicher“ gekommen, wie es ja im Arbeitstitel heißt, wobei man sich wahrscheinlich gedacht hat: Das ist eine ganz klasse Geschichte! Wir laden die Bevölkerung ein, Hilfssheriff zu spielen. Die Polizei soll quasi Schnittstelle für die ganzen Informationen sein, die an sie herangetragen werden, zusätzliche Ressourcen haben wir keine, denn das kostet ja alles Geld und das Geld haben wir nicht und die Planstellen haben wir auch nicht, aber wir haben zumindest der Bevölkerung das Gefühl gegeben: Ihr seid uns wichtig, und Ihr könnt alle eure Informationen, eure Wünsche, eure Sorgen, eure Anliegen an die Polizei herantragen.

Nur leider werden wir dann wahrscheinlich am Ende des Tages feststellen, dass vieles, um nicht zu sagen Überwiegendes, gar nicht umsetzbar ist. Und schuld ist dann nicht die Politik, sondern die Polizei. So gesehen ist dann eigentlich wieder alles in Ordnung. Die Politik, also die Bundesregierung, ist aus dem Schneider. Die Polizei ist sowieso bei der Bevölkerung unten durch. So gesehen brauchen wir uns da keine wesentlichen

Sorgen zu machen, und die Sache ist eigentlich gelöst, und wir haben ein politisches Problem vom Tisch.

Das war der Hintergrund, warum es zu dieser ... (*Bundesminister Sobotka schüttelt den Kopf.*) – Ich weiß das, denn es gab ja mit den Personalvertretungsorganen Besprechungen, und ich weiß auch, was dort alles – auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit – besprochen wurde.

Das war der Grund, warum es zu diesem Projekt kam. Dass Sie es nun verteidigen müssen, ist ja ganz klar. Das nehme ich Ihnen ja auch gar nicht krumm. Außerdem können Sie ja jetzt über Ihre Vorgängerin auch nicht sagen: Das alles war ein Blödsinn, was die gemacht hat, das ziehen wir alles wieder zurück! Das ist politisch, sage ich einmal, von Ihrer Seite oder von Ihrer Position aus auch gar nicht zu erwarten.

Aber gerade aus diesem Grund – wie ich am Anfang bereits skizziert habe – war es natürlich klar, dass alle Polizeivertretungsorgane im Zentralausschuss, also nicht nur die AUF und nicht nur die FSG und die FCG, sondern auch in vielen untergeordneten Bereichen, gesagt haben: Dieses Projekt lehnen wir ab, weil es eigentlich ein politisches Placebo ist! Es stellt ein Ankündigungsmodell dar, wobei man vermeintlich sagt: Kommt und meldet alles zu uns! Und dann muss man wahrscheinlich unterm Strich feststellen, dass zwar die Bevölkerung mit Begeisterung daran teilnehmen wird, sich aber die Frage stellt, wie viel qualifizierte Sicherheitsbürger sich da melden werden. Aber das ist jetzt eine andere Geschichte, die will ich gar nicht beleuchten.

Aber die Frage wird dann sein: Was kann man tatsächlich umsetzen? Und die Befürchtung liegt hier sehr wohl nahe, dass man sagt: Am Ende bleibt die Polizei über. Es wird dann heißen: Das war alles nicht möglich, das war alles nicht umsetzbar. Da gab es dieses oder jenes, das kann man leider nicht machen!

Schon alleine aus zwei Ansätzen: Der eine Ansatz ist der, dass es keinerlei Personalaufstockung für diese Sachen gibt. Wir haben ja – ich habe das schon oft gesagt – ein veritables Personalproblem bei der Exekutive. Wir haben nicht nur erhöhte Arbeitsbelastungen, sondern auch den Umstand, dass wir einen sehr hohen Pensionsabgang im Personalbereich haben, der in keinster Weise kompensiert wird. Wir haben zwar jetzt laufend Aufnahmen, aber die decken gerade einmal den momentanen Abgang. Und das Ganze ist nicht so, wie es öffentlich oft dargestellt wird, dass es da einen großen sicherheitspolizeilichen Mehrwert gibt. Im Gegenteil: Alle, die jetzt in Ausbildung sind, müssen erst an die Sache herangeführt werden, die haben noch ihre Ausbildungszeit vor sich. In dieser Sache gibt es also keine Eins-zu-eins-Umsetzung.

Was natürlich auch ein großes Problem bei dieser Sache ist, ist schon der schale Beigeschmack, dass man hier – Sie sagen Sicherheitsbürger, ich sage Spitzelbürger – den Spitzelbürger einmal mehr animiert, zu einer unseriösen Betrachtung der Dinge zu kommen, um dann diese an die Polizei heranzutragen, worauf in dem Fall wiederum die Polizei der Böse ist. Kommt sie den Intentionen des Spitzelbürgers nach, dann hat sie es sich wahrscheinlich beim Rest der Bevölkerung verscherzt, verfolgt sie das Ziel des Spitzelbürgers, dann erst recht. So gesehen ist wieder einmal die Polizei so oder so der Verlierer.

Ich bin schon bei Ihnen, dass man sagt, die Kommunen gehören sicherheitspolitisch, aber auch informell gestärkt. Aber wenn Sie das wirklich wollen, dann darf ich Ihnen ein paar Ansätze vorschlagen, was man machen könnte.

Es ist zum Beispiel so, dass, wenn es in einer Gemeinde eine Fremdenunterkunft gibt und die Polizei dort interveniert, der Bürgermeister keine Rückmeldung bekommt, dass es dort tatsächlich einen solchen Polizeieinsatz gegeben hat. Da geht es gar nicht so sehr darum, dass man sagt, wer dort wem was wann getan oder gemacht hat, sondern da geht es einfach um die Information, dass der Bürgermeister – immerhin ist er ja das oberste Organ der örtlichen Sicherheitspolizei – eine Rückmeldung erhält, damit er, falls er gefragt wird, was in dieser oder jener Nacht in dieser Straße, wo diese Flüchtlingsunterkunft ist, eigentlich los war, nicht sagen muss: Ich weiß es nicht!

Dann ruft er den Bezirkskommandanten an, und der sagt: Es tut mir leid, da gibt es einen Dienstauftrag, ich darf dir das nicht mitteilen! Und den Datenschutz gibt es auch, der überhaupt ein interessantes Faktum für alles ist, wenn man eine Auskunft nicht erteilen möchte. Das wäre zum Beispiel ein Ansatz, da könnte man die Schnittstelle Sicherheit und örtliche Kommunen durchaus intensiv verstärken.

Oder ein anderer Ansatz ist auch, die Polizei von den Nebentätigkeiten zu entlasten. Wir wissen alle, dass wir ein sehr begrenztes Angebot an faktisch verfügbaren Polizistinnen und Polizisten im exekutiven Außendienst haben, die trotz ihrer bescheidenen Rahmenbedingungen eine sehr gute und wertvolle Arbeit leisten und für deren Einsatz ich mich auch namens meiner Fraktion an dieser Stelle nachhaltig bedanken möchte. Aber es gibt noch immer viele Tätigkeiten, denen sie nachkommen müssen, die sie binden, obwohl sie anderwärtig besser eingesetzt wären.

Stichwort: Schulweg sichern. – Schulwegsicherung im Ballungszentrum ist eine wichtige Aufgabe, die wird – sofern vorhanden – normalerweise von Zivildienern oder von Privatpersonen besorgt, findet aber in der Praxis kaum Rückhalt in der Bevölkerung, weil es eine ungeliebte Tätigkeit ist. Und so bleibt das wieder bei der

Polizei hängen. Da würden sich zum Beispiel die Parksheriffs in Wien anbieten. Das wird zum Beispiel von der Gemeinde Wien abgelehnt, denn wenn ein Parksheriff den Schulweg sichert, dann kann er kein Geld eintreiben. So gesehen stellt es wiederum ein Problem dar, und es bleibt wieder die Polizei über und ist mit diesen sicherlich notwendigen Tätigkeiten, aber nicht unbedingt exekutiven Notwendigkeiten gebunden und in ihrer eigentlichen Aufgabenerfüllung gehemmt.

Es gäbe also eine Vielzahl von Ansätzen, wie man die Polizei sinnvoll entlasten und auch die Bürger einbinden könnte, aber insbesondere auch den Schulterschluss mit den Kommunen finden kann. Ob es **dieses** Projekt ist, wage ich zu bezweifeln. Ich bin auch sehr skeptisch, weil ich, wie gesagt, nicht nur weiß, wie das zustande gekommen ist, sondern weil ich die Rückmeldungen aus den Probebereichen kenne.

Ich würde mir wünschen, dass der in Aussicht genommene bundesweite Start im ersten Quartal 2017 vielleicht noch einmal überdacht wird. Dass Sie das Ergebnis des Probetriebs abwarten wollen, ist legitim, aber ich ersuche Sie auch, dass man die richtigen Schlüsse daraus zieht– die richtigen Schlüsse im Sinne der faktischen Gegebenheiten und nicht des politischen Wollens, denn was politisch verfolgt wird, liegt auf der Hand. Aber was sinnvoll, vor allem gescheit und vor allem auch im Interesse der Aufgabenerfüllung der Polizei ist, ist etwas anderes. In diesem Sinne ersuche ich Sie: Schauen Sie sich das noch einmal an! Ich hoffe, dass Sie auch wie ich zu der Einsicht kommen, dass dieses Projekt jedenfalls in dieser Form abzulehnen ist. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.44

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Schödinger. – Bitte.